

Zeitschrift: SuchtMagazin

Herausgeber: Infodrog

Band: 40 (2014)

Heft: 6

Artikel: Umsetzung von Regulierung auf Gemeindeebene

Autor: Caspar, Corinne

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-800131>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Umsetzung von Regulierung auf Gemeindeebene

Im Zuge der Neuausrichtung kantonaler und nationaler Gesetze hat die Prävention auf Gemeindeebene zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Gerade bei der Alkohol- und Tabakprävention haben die Gemeinden eine wichtige Rolle, denn viele Rahmenbedingungen wie z. B. die Umsetzung der Jugendschutzbestimmungen, die dem Tabakkonsum und dem übermässigen Alkoholkonsum entgegenwirken, können von einer Gemeinde direkt gesteuert werden. Aber wie? Gefragt sind nachhaltige, bevölkerungsnahe und unkomplizierte Lösungen.

Corinne Caspar

Lic. phil. I, Programmleiterin «Die Gemeinden handeln!», RADIX Schweizerische Gesundheitsstiftung, Eigerplatz 5, CH-3007 Bern, Tel. +41 (0)31 312 75 75, caspar@radix.ch, www.radix.ch

Schlagwörter:

Gemeinde | Suchtpolitik | Prävention | Regulierung | Setting | Partizipation |

Die Rolle der Gemeinden in der Prävention

Die kommunale Gesundheitsförderung und Prävention sind unverzichtbare Pfeiler in der schweizerischen Gesundheitsvorsorge. Die drei subsidiären Stufen Gemeinden, Kantone und Bund bieten eine optimale Voraussetzung für eine bevölkerungsnahe und wirksame Politik, auch in der Prävention. Hauptgedanke ist, wenn möglich Verantwortung an kleinere Strukturen zu übertragen, vom Bund an die Kantone, von den Kantonen an die Gemeinden, wo die Nähe zu den Betroffenen grösser ist. Auf Gemeindeebene hat sich die Verbindung von Verhaltens- und Verhältnisprävention als zentrale Voraussetzung für die Wirksamkeit von Präventionsmassnahmen erwiesen. Die Verhaltensprävention zielt auf die Beeinflussung des Wissens, der Einstellung/Motivation sowie des Verhaltens eines Individuums oder einer Zielgruppe. Verhältnisprävention setzt bei der Beeinflussung der Umweltfaktoren, der Gesetze, der Lebens- und Arbeitsbedingungen, also bei den sozialen, kulturellen, rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen an. In der Alkohol- und Tabakprävention haben in den letzten Jahren die legislativen und regulierenden Politiken und Strategien an Bedeutung gewonnen. Um die Attraktivität des Rauchens, den Zugang zu Tabakwaren und die Auswirkungen des Passivrauchens einzuschränken, haben sich folgende regulierenden Massnahmen als wirksam erwiesen: Rauchverbote in öffentlichen Gebäuden, rauchfreie Arbeitsplätze, Alterslimiten und Einschränkungen der Werbung.¹

Die Gemeinde ist gerade für Alkohol- und Tabakprävention eine sehr geeignete Plattform.

- Sie ist der Ort, wo die Menschen leben und erreicht werden können, sei dies in der Familie, in der Freizeit, am Arbeitsplatz.
- Sie ist der Ort, wo Jugendliche Tabakwaren und Alkohol

kaufen, wo sie mit dem Rauchen beginnen, wo die Erwachsenen leben, welche mit dem Rauchen aufhören möchten.

- Zugleich ist die Gemeinde der Ort von Bildung, Erziehung und Sozialer Arbeit, wo Prävention stattfinden kann und Probleme aufgefangen werden können, wo geeignete Bedingungen geschaffen werden können, damit rauchfreie Lebensräume gefördert werden oder Alkohol konsumiert werden kann, ohne sich selbst und/oder andere zu gefährden.
- Aufgrund der unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsräume in der Gemeinde (Schule, öffentlicher Raum, Familie, Betriebe, Vereine usw.) können zudem alle Jugendlichen und Erwachsenen erreicht werden.

Im Zuge der Neuausrichtung kantonaler und nationaler Gesetze hat gerade die Tabakprävention auf Gemeindeebene zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Die Verankerung von strukturellen Massnahmen erleichtert wirksam die Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften in der Gemeinde, welche den Schutz vor Passivrauchen, die Abgabe an Minderjährige und die Werbung regeln. Auch im Bereich der Alkoholprävention können viele Rahmenbedingungen, welche den übermässigen Alkoholkonsum von Jugendlichen beeinflussen, von den Gemeinden direkt und wirkungsvoll gesteuert werden wie bspw. durch Bewilligung von Festveranstaltungen, Patentvergabe im Gastgewerbe, Umsetzung der Jugendschutzbestimmungen.

Kommunale Alkohol- und Tabakpolitik

Prävention auf Gemeindeebene ermöglicht es, gezielt in den Lebens- und Arbeitsfeldern tätig zu sein, wo Probleme entstehen und wo sie auch aufgefangen werden müssen. Gemäss diesem Leitgedanken fördert der Gemeindeansatz in der Prävention eine kommunale Alkohol- und Tabakpolitik, welche in Abstimmung mit den nationalen und kantonalen Gesetzen und Strategien die Angebote vor Ort plant, koordiniert und verankert. Im Fokus steht die Entwicklung und Umsetzung einer breit abgestützten und verbindlichen Alkohol- und Tabakpolitik auf Gemeindeebene und nicht einfach eine einmalige Umsetzung von Massnahmen.

Top-down

Die kommunale Alkohol- und Tabakpolitik soll grundsätzlich so gehalten werden wie andere lokale Politikfelder, z.B. die Bau-, Abfall- oder Verkehrspolitik: Der Gemeinderat und die Verwaltung setzen die Ziele fest, bilden eine Kommission mit allen Interessensvertretungen, welche die Situation in der Gemeinde beschreibt und analysiert und daraus Ziele und das weitere Vorgehen ableitet. Der von der Gemeindeexekutive beschlossene Massnahmenplan ist Bestandteil dieser kommunalen Policyentwicklung. Er ist auf Verhältnis- und auf Verhaltensprävention ausgerichtet und bezieht die lokale Situation der jeweiligen Gemeinde mit ein, wobei bestehende Präventionsangebote integriert werden.

Der Gemeindeexekutive wird eine Schlüsselrolle zugewiesen, indem sie die Verantwortung für den lokalen Prozess und die Verankerung der Massnahmen in den Strukturen und im Gemeindealltag übernimmt. Die Verankerung von Gesundheitsförderung und Prävention im Gemeindealltag ist sowohl ein Signal der Gemeinde, wie wichtig ihr die Gesundheit der Bevölkerung und die Einhaltung geltender Gesetze ist, als auch eine wichtige Voraussetzung für die Nachhaltigkeit der Massnahmen.

Bottom-up

Damit nachhaltige Veränderungen und Prozesse möglich sind, welche von der Politik, den Behörden, Fachstellen und der Bevölkerung mitgetragen werden, braucht es ergänzend zu diesem wichtigen Top-down-Prozess auch einen Bottom-up-Prozess.

Die AkteurInnen aus den verschiedenen für die Prävention relevanten Handlungsfeldern² (Schule, Gewerbe, Familie, öffentlicher Raum usw.) werden mobilisiert und in die Problemanalyse als auch in die Planung und Umsetzung der lokalen Massnahmen miteinbezogen. Im direkten Austausch werden Haltungen diskutiert und festgelegt. Zuhanden der Präventionskommission werden Massnahmen vorgeschlagen, welche Bedingungen in der Gemeinde und in den einzelnen Handlungsfeldern geschaffen werden sollen, damit z.B. rauchfreie Lebensräume gefördert werden können oder Alkohol konsumiert werden kann, ohne sich selbst und/oder andere zu gefährden.

Sechs Schritte zu einer kommunalen Präventionspolitik

Das bewährte Konzept der lokalen Alkohol- und Tabakpolitik wurde in der Schweiz durch die Programme «Die Gemeinden handeln!» (2000-2007),³ «Gemeindeorientierte Tabakprävention» (2008-2010) und «Die Gemeinden handeln! Ein nationales Programm für eine kohärente Prävention» (2012-2014) entwickelt und geprägt.⁴ Eingebunden in diese nationalen Programme und mit fachlicher und methodischer Unterstützung⁵ haben in der Schweiz in den letzten Jahren 167 Gemeinden aus 22 Kantonen ihre lokale Alkohol- und/oder Tabakpolitik entwickelt. Das Programm «Die Gemeinden handeln!» (2000-2007) fand im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) im Rahmen des nationalen Programms «Alles im Griff?» statt, das Pilotprojekt «Gemeindeorientierte Tabakprävention» (2008-2010) und «Die Gemeinden handeln!» (2012-2014) wurden finanziell unterstützt durch das Nationale Programm Alkohol, den Tabakpräventionsfonds und die teilnehmenden Kantone und Gemeinden.

Bei der Planung und Umsetzung einer lokalen Suchtpräventionspolitik hat sich ein Vorgehen bewährt, welches auf dem sogenannten Policy-Cycle⁶ beruht. Im Sinne einer Policy-Entwicklung für Gesundheitsförderung und Prävention dient

das Modell als Instrument zur Strukturierung des Gemeindeprozesses, mit dem Ziel, die thematische Auseinandersetzung mit Tabak und Alkohol sowie anderen in der Gemeinde relevanten Themenbereichen (Littering, Gewalt, Früherkennung und Frühintervention, Bewegung/Ernährung u.a.) politisch und strukturell nachhaltig in der Gemeinde zu verankern. Zudem soll durch eine sorgsame, systematische Planung sichergestellt werden, dass die anvisierten Ergebnisse erzielt und die häufig begrenzten Ressourcen dorthin gelenkt werden, wo sie die grösste Wirkung zeigen.⁷

1. Agendasetting

Die Exekutive beschliesst die Entwicklung einer kommunalen Präventionsstrategie und überträgt diese Aufgabe dem zuständigen Exekutivmitglied.

2. Strukturaufbau

Eine breit abgestützte Arbeitsgruppe (Projekt-, Steuergruppe oder Kommission) mit Vertretungen aller relevanten Institutionen und Gruppierungen der Gemeinde und unter Einbezug externer Fachpersonen wird konstituiert. Die Aufgaben der Arbeitsgruppe beinhalten die konkrete Vernetzung von Schlüsselpersonen der Gemeinde, die Erarbeitung eines Massnahmenplans, die Steuerung der Umsetzung sowie die nachhaltige Verankerung der Massnahmen im Gemeindealltag. Die Zusammensetzung und das Engagement der Arbeitsgruppe hat einen wesentlichen Einfluss darauf, inwieweit die Massnahmen langfristig angelegt sind und auf eine «Politikveränderung» abzielen.⁸ Neben der Aufgaben- und Rollenklärung ist insbesondere die Haltungsklä rung innerhalb der Arbeitsgruppe zentral (Gemeinsamkeiten und Unterschiede sichtbar machen, Vorurteile abbauen – die Gesundheit der Bevölkerung steht im Zentrum).

Der Bezirk Thal im Kanton Solothurn mit seinen neun Gemeinden Aedermannsdorf, Balsthal, Herbetswil, Holderbank, Laupersdorf, Matzendorf, Mümliswil-Ramiswil, Welschenrohr und Gänsbrunnen ist eine Erfolgsgeschichte betreffend Koordination und Vernetzung der Alkoholpolitik über die Gemeindegrenzen hinweg.

Ausgehend von den Erkenntnissen und Erfahrungen des Ende 2007 abgeschlossenen nationalen Pilotprojekts «Die Gemeinden handeln!» entwickelte der Bezirk Thal in Zusammenarbeit mit der Suchthilfe Region Olten (SHO) und mit Unterstützung von RADIX eine auf die kommunalen respektive lokalen Bedürfnisse abgestimmte Alkoholpolitik. Als zentrale und wichtige Massnahme wurden Ende 2010 gemeinsame «Richtlinien für Veranstaltungen in den Gemeinden des Thal» erarbeitet und verabschiedet.

Herzstück und Motor der Alkoholpolitik in Thal ist die damals installierte und immer noch bestehende Arbeitsgruppe, welche aus acht Delegierten der Gemeinden zusammengesetzt ist und von der Suchthilfe Ost begleitet wird. Hier werden die aktuellen Anliegen zur gemeindeorientierten Prävention thematisiert, gemeinsame Leitlinien entwickelt und regionale Zusammenarbeitsmöglichkeiten besprochen. Aktuelle Themen sind Suchtprävention, Alkoholprävention und Littering.

3. Situationsanalyse

Unter Einbezug verschiedener AkteurInnen aus den relevanten Handlungsfeldern der Gemeinde (Vereine, Fachstellen, Behörden, Polizei, Eltern, Schule, Verkaufsstellen, Wirte, Verwaltung u.a.) werden die Ausgangslage und der Handlungsbedarf in Zusammenhang mit risikoreichem Suchtmittelkonsum

WIR GRATULIEREN DEN GEWINNERN UNSERER BERLINER KINDL-AKTION.

Wir sind Berliner Kindl

Berliner Kindl
Tubbeoms
PILSEN
PREMIER

erfasst und beschrieben. Es wird ein schriftlicher Bericht über die Ergebnisse verfasst, welcher die Grundlage bildet für die Erarbeitung geeigneter Massnahmen.

In der Gemeinde Greifensee führt die Suchtpräventionsstelle Zürcher Oberland im Rahmen ihrer Teilnahme am aktuellen Programm «Die Gemeinden handeln!» mit Schlüsselpersonen aus ganz verschiedenen Institutionen und Vereinen (z.B. der Schule, dem Gewerbe, Verkaufsstellen, Freizeitvereinen) eine Erhebung durch zum Bedarf nach Förderung des risikoarmen Umgangs mit Alkohol und Tabak bei Jugendlichen und auch älteren Menschen. Das Ziel ist, mittels geeigneter Massnahmen den problematischen Umgang mit Alkohol und Tabak zu verringern.

In einem zweiten Projekt, das im Rahmen von «Die Gemeinden handeln!» durchgeführt wird, geht es der Gemeinde um die Lösung eines Nutzungskonflikts in einem Aussenraum der Schule, der trotz vieler Initiativen und Ideen bis jetzt nicht gelöst werden konnte. Vor allem das Littering auf dem Areal konnte nicht verhindert werden. In einer Zukunftswerkstatt wurden die Betroffenen zu Beteiligten und diskutierten mögliche Lösungen. Eine daraus entstandene Arbeitsgruppe wird nun eine Vision für die gemeinsame Nutzung entwickeln und zusammen mit den Beteiligten Projekte formulieren, die den Konflikt entschärfen können.

4. Beschluss Massnahmenplan

Der Massnahmenplan beinhaltet die Schwerpunkte, Ziele und Zielgruppen der kommunalen Alkohol- und Tabakpräventionsstrategie sowie die zur Zielerreichung notwendigen Massnahmen. Der Gemeinderat beschliesst den Massnahmenplan, stellt die zur Umsetzung notwendigen Ressourcen zur Verfügung und erteilt der Arbeitsgruppe den Auftrag zur Umsetzung.

Die Erfahrungen zeigen, dass mit der Bedarfserhebung in der Regel ein Handlungsbedarf festgestellt werden kann und verschiedene Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden können. Nicht alles kann und soll aber sogleich umgesetzt werden. Es ist auch wichtig zu beachten, dass nicht immer neue Angebote eingerichtet werden müssen. Oft reicht es, bestehende Angebote anzupassen, die Zusammenarbeit zu fördern oder die Netzwerkbildung zu unterstützen.

5. Umsetzung Massnahmenplan

Die Präventionskommission setzt mit ihren Partnern die geplanten Massnahmen um. Die umgesetzten Massnahmen erzielen die gewünschte Wirkung.

Mit einer Imagekampagne ist es der Gemeinde Tafers gelungen, wirkungsvoll die Norm Nichtrauchen in der Gemeinde zu stärken. Tafers nahm 2008-2010 unter der Leitung des Gemeinderats Markus Stöckli am Pilotprojekt «Gemeindeorientierte Tabakprävention» teil. Das Ziel war, in einem partizipativen Prozess und mit Einbezug aller Beteiligten verbindliche Lösungen zur Verminderung des Tabakkonsums zu erarbeiten.

Als eine der Massnahmen wurden in enger Zusammenarbeit mit den Jugendlichen, der Jugendarbeit, der Fachstelle Cipret und den Vereinen die Bushaltestelle und die Region rund um den Fussballplatz und das Klubhaus des FC Tafers zu rauchfreien Zonen gemacht. Mit professionell gestalteten Plakaten sowie witzigen und gut formulierten Slogans wurde

darauf hingewiesen, dass Rauchen dort nicht erwünscht ist oder schädlich sein kann. Es wurden also keine Verbote, sondern lediglich Appelle kommuniziert. Der sichtbare Effekt war dann, dass nach dieser Massnahme bei Fussballspielen rund um das Fussballfeld die Zuschauenden kaum bis gar nicht mehr rauchten. Und dies gilt auch heute noch: Anlässlich von Juniorspielen wird auf dem Fussballplatz grosser Wert gelegt auf «rauchfrei aus Sympathie zu unseren Junioren», wie es auf einem der Plakate heisst. Die Regelung wird grundsätzlich sehr gut eingehalten.

6. Verankerung

Ziel einer lokalen Alkohol- und Tabakpolitik ist es, in Übereinstimmung mit den kantonalen Gesetzgebungen über die Projektdauer hinaus Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit in der Alkohol- und Tabakprävention zu erreichen.

Da es höchst unwahrscheinlich ist, dass ein Projekt nach Abschluss weitergeführt wird, wenn es nicht in den lokalen Strukturen institutionalisiert und verankert ist, muss Prävention ein Teil des Gemeindealltags werden.

Eines der wohl nachhaltigsten und eindrucklichsten Projekte, das aus «Die Gemeinden handeln!» entstanden ist und seit Jahren läuft und stets erneuert und erweitert wird, ist ein Gemeinschaftsprojekt der vier Appenzeller Ausserrhoden-Gemeinden Speicher, Trogen, Wald, Rehetobel und Teufen namens BRILLANT. Nach einer Veranstaltung von RADIX im Mai 2005 im Rahmen des Pilotprojektes «Die Gemeinden handeln!» 2002-2007 wurde die Steuergruppe «BRILLANT» von Gemeinderatsmitgliedern der Gemeinden Speicher, Trogen und Wald gegründet. Die Steuergruppe ist immer noch aktiv und wird unterstützt von der Beratungsstelle für Suchtfragen Appenzell Ausserrhoden.

Das Ziel von «BRILLANT» ist es, dass Projekte entwickelt und Massnahmen umgesetzt werden, damit die Prävention im Elternhaus, den Gemeinden, den Schulen, den Vereinen und in der Bevölkerung effizient umgesetzt wird und eine nachhaltige Wirkung hat. Für die Umsetzung der Massnahmen setzt die Steuergruppe Arbeits- und/oder ExpertInnengruppen ein.

Nicht weniger eindrucklich ist die Entwicklung von Yverdon-les-Bains im Kanton Waadt. Seit sieben Jahren konzentriert sich Yverdons Gesundheitsförderung und Prävention auf die Verbesserung von gesundheitsrelevanten Lebensbedingungen und folgt dem Prinzip der «kommunalen Gesundheitsförderung und Prävention». Diese Entwicklung nahm ihren Anfang mit der Teilnahme der Gemeinde am Pilotprojekt «Die Gemeinden handeln!». 2005 wurde Prävention in Yverdon-les-Bains erstmals zu einem Thema der Politik: Die Mehrheit der Akteure (Fondation Vaudoise pour l'alcoolisme, Polizeiverwaltung, Soziale Arbeit, Gemeinderat) sprachen sich für eine gemeinsame Präventionspolitik aus. Es wurden ein Budget für die Prävention gesprochen, eine Präventionskommission gebildet und die Stelle des Jugenddelegierten geschaffen. Diese Entwicklung förderte unter anderem die Zusammenarbeit der lokalen Präventionsfachstelle mit der Polizei in den Bereichen Jugendschutz und Auflagen für Festbewilligungen. Die Gemeinde hat in den folgenden Jahren die guten Erfahrungen mit dem Einbezug aller Beteiligten aus «Die Gemeinden handeln!» weiterentwickelt und 2013 den ersten Preis «gesunde Stadt» für ihre umfassende «Politik der Gesundheit» gewonnen.

Fazit

Die aufgeführten Beispiele machen es deutlich: Regulierung auf Ebene Gemeinde ist möglich und wichtig. Denn viele Rahmenbedingungen, die dem Alkoholmissbrauch und Tabakkonsum entgegen wirken (wie z.B. die Einhaltung von Jugendschutzbestimmungen), können direkt vor Ort gesteuert werden. Die Gemeinden können in der Alkohol- und Tabakprävention besonders effektiv und effizient handeln, wenn gemeindeorientierte Präventionsprogramme auf die Strukturen, Bedürfnisse und Besonderheiten der Gemeinden zugeschnitten sind. Zudem müssen die Programme eine gewisse Flexibilität aufweisen, um auf Veränderungen reagieren zu können. Ausserdem gilt es, bei der Programmplanung die unterschiedlichen Bedürfnisse der Zielgruppen zu berücksichtigen.⁹ Werden die beiden Präventionsbereiche Tabak und Alkohol in der Gemeinde gemäss dem Konzept der lokalen Alkohol- und Tabakpolitik im Rahmen eines partizipativen Prozesses mit allen Beteiligten angegangen, bekommt Regulierung eine zusätzliche Bedeutung: Die Behörden machen gemeinsam mit der Bevölkerung, dem Gewerbe, der Wirtschaft, der Schule, den Vereinen usw. verbindliche Regelungen ab zum Umgang mit übermässigem Alkoholkonsum oder zur Stärkung der Norm Nichtrauchen in der Gemeinde. Auf freiwilliger Basis - aber verbindlich - wird gemeinsam abgemacht, wie es in der Gemeinde «gehandhabt» werden soll. Der Bedarf und die Bedürfnisse der Gemeinden steuern diesen Prozess. So werden Veränderungen und Prozesse möglich, welche auch nach Abschluss des Projekts nachhaltig wirksam sind.

Die Entwicklung einer nachhaltigen kommunalen Präventionspolitik ist komplex und benötigt finanzielle, zeitliche und persönliche Ressourcen. Das bedeutet, die Gemeinde muss offen für die Thematik und bereit sein, Zeit und Engagement zu investieren. Weitere Gründe, die eine Teilnahme erschweren können, sind andere prioritäre Schwerpunktthemen oder Geschäfte, welche keine Ressourcen übrig lassen für eine Teilnahme. Eine weitere Schwierigkeit kann die fehlende Bereitschaft der einzelnen Akteure zur Zusammenarbeit sein.

Gerade die Zusammensetzung und das Engagement der Projektgruppe, die politische Unterstützung in der Gemeinde sowie

das Engagement der Projektleitung spielen eine zentrale Rolle für den Erfolg des Prozesses.¹⁰ Weitere förderliche Faktoren sind Koordination und Vernetzung, welche zu verbindlichem Handeln bei allen Beteiligten führen. Gerade in Gemeinden, in welchen vorher noch keine Präventionsstrukturen bestanden, haben sich im Pilotprojekt neue Kooperationen ergeben. Heute, sieben Jahre nach Abschluss des ersten Programms «Die Gemeinden handeln!», sind viele der aufgebauten lokalen Arbeitsgruppen oder Kommissionen in der Prävention noch aktiv – oft auch zu weiteren Themen wie generelle Suchtprävention, Frühintervention etc. ●

Literatur

- Abderhalden, I. (2010): Alkoholprävention im Spannungsfeld. SuchtMagazin 36(1): 13-17.
- Brewer, G. D./de Leon, P. (1983): The Foundation of the Policy Analysis. Dorsey Press.
- Bühler, A./Kröger, C. (2006): Expertise zur Prävention des Substanzmissbrauchs. (Forschung und Praxis der Gesundheitsförderung Band 29). Köln: BZgA.
- Caspar, C./Kull, S. (2010): Road Map Tabak. Praxishilfe zur Verankerung von Tabakprävention auf Gemeindeebene. RADIX.
- Furrer, C./Oetterli, M./Wight, N./Balthasar, A. (2010): Evaluation gemeindeorientierter Tabakprävention. Luzern: Interface.
- Jordi, Christian (2008): Wenn Städte und Gemeinden handeln. SuchtMagazin 34(4): 20-23.
- Peters, M./Wapf, B. (2006): Zur Wirksamkeit des Gemeindeansatzes in der Prävention von Sucht- und Drogenproblemen. Zürich: Econcept
- Roth, P./Jordi, Ch./Meyer, M. (2007): Leitfaden für eine Alkoholpolitik Ihrer Gemeinde. RADIX, Gesundheitsamt Zug.
- Roth, P. (2011): Lokale Alkoholpolitik: Nidwaldner Gemeinden und Engelberg handeln. SuchtMagazin 37(1): 30-33.

Endnoten

- 1 Vgl. Abderhalden 2010
- 2 Vgl. Roth/Jordi 2007.
- 3 Zum Konzept «Die Gemeinden handeln!» vgl. Jordi 2008.
- 4 www.diegemeindenhandeln.ch
- 5 Die Arbeitsinstrumente von «Die Gemeinden handeln!» sind online erhältlich, www.radix.ch/dghArbeitsinstrumente, Zugriff 20.11.2014.
- 6 Vgl. Brewer/de Leon 1983.
- 7 Vgl. Caspar/Kull 2010.
- 8 Vgl. Furrer et al. 2010.
- 9 Vgl. Econcept 2006
- 10 Vgl. Furrer et al. 2010.